



Presseschau vom 17.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Syrische Armee findet israelische Waffen in IS-Stellungen in Deraa – Medien

Die syrische Armee hat in der westsyrischen Provinz Deraa Waffen aus israelischer Produktion in den ehemaligen Stellungen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ entdeckt. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur Fars.

Demnach fanden die syrischen Regierungskräfte bei einem Militäreinsatz am Samstag in einer ehemaligen IS-Hochburg in der Stadt Hawz Yarmouk, Provinz Deraa, große Mengen von Kanonen, reaktiven Panzerbüchsen, Raketen, Kleinwaffen und Munition, darunter auch aus israelischer Produktion.

Die syrische Armee hatte mehrmals von entdeckten Waffenlagern der Extremisten berichtet, in denen sich von den Dschihadisten zurückgelassenen Waffen, unter anderem auch aus ausländischer Produktion, befunden hatten.

Erst vor Kurzem hatte die Nachrichtenagentur SANA von einem solchen Lager berichtet, das die Terrormilizen „Islamischer Staat“* und „Al-Nusra Front“ in der Provinz Quneitra zurückgelassen haben sollen. Automatische Gewehre, Scharfschützengewehre, Maschinengewehre und Munition, unter anderem aus US- sowie aus israelischer Produktion, sollen in dem Depot vorgefunden worden sein.

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der DVR:

Die ukrainischen Straftuppen setzen die Versuche fort, die Lage im Vorfeld des bevorstehenden Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe am 19. September zu verschärfen.

Heute Abend zwischen 18:00 und 20:00 Uhr haben die ukrainischen Terroristen der 36. Marineinfanteriebrigade und der 28. mechanisierten Brigade **Spartak, Staromichajlowka, Sachanka, Kominternowo** und **Leninskoje** beschossen. Auf das Territorium der Republik wurden mehr als 60 Mörsergeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgefeuert, außerdem hat der Gegner verschiedene Arten von Granatwerfern, Abwehrgeschütze, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet. Informationen über Zerstörungen und Opfer werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: „Fehlen jeglicher Fakten“: Russland weist Spionagevorwürfe aus Schweiz zurück

Russlands Botschaft in der Schweiz hat Medienberichte über russische Diplomaten, von denen angeblich jeder vierte ein Spion sein soll, als haltlose und unbewiesene Vorwürfe zurückgewiesen. Das Statement wurde auf der offiziellen Facebook-Seite der russischen Botschaft in Bern veröffentlicht.

In einem Artikel vom Samstag schreibt die schweizerische „SonntagsZeitung“ unter Berufung auf eine geheime Mitteilung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), es gebe in der Schweiz „Dutzende offizielle russische Vertreter, die Teil- und Vollzeit-Spione“ seien oder gewesen seien.

Russland reagierte auf diese Vorwürfe mit einer entschiedenen Ablehnung. „Mit Bedauern stellen wir fest, dass aus der Feder der unermüdlichen schweizerischen Journalisten der ‚Tages Anzeiger‘-, ‚SonntagsZeitung‘ weiterhin haltlose und unbewiesene Vorwürfe an die Adresse Russlands kommen“.

Den Diplomaten zufolge kennzeichnen den Artikel einerseits „das Fehlen jeglicher Fakten“ und andererseits Berufungen auf anonyme Quellen sowie auf ein „geheimes Dokument, das keiner gesehen hatte und das womöglich gar nicht existiert“.

Russlands Botschaft erinnert daran, dass neben dem gestrigen Bericht früher zwei weitere Publikationen derselben Autoren erschienen seien, die unbewiesene Anschuldigungen gegen Russland enthielten. „Als abwegig erscheint der Versuch der Autoren, den Lesern eine voreingenommene Sicht auf die in der Schweiz arbeitenden Russen aufzuzwingen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32233/70/322337003.jpg>

de.sputniknews.com: Kiew will Marine-Militärstützpunkt im Asowschen Meer eröffnen
Kiew hat die Schaffung einer Militärbasis im Asowschen Meer bis zum Ende des laufenden Jahres geplant. Dies geht aus einer Mitteilung hervor, die auf der Facebook-Seite der ukrainischen Regierung an Sonntag veröffentlicht wurde.

„Zwei Kanonenboote der ukrainischen Marine sind in Berdjansk (Gebiet Saporoschje – Anm. d. Red.) vom Stapel gelassen worden. Es ist geplant, bis zum Ende des Jahres einen Marinestützpunkt der ukrainischen Streitkräfte im Asowschen Meer zu schaffen“, heißt es in

der Mitteilung.

Zuvor hatte der Nationale Sicherheits- und- Verteidigungsrat der Ukraine angewiesen, die militärische Präsenz im Asowschen Meer zu verstärken und die Einheiten der Küstenverteidigung mit Raketenwaffen zu versorgen. Der Oberbefehlshaber des ukrainischen Heeres, Generaloberst Sergej Popko, kündigte die Vergrößerung der Armeeabteilung an, die entlang der Küste des Asowschen Meeres stationiert ist. Laut dem stellvertretenden Infrastrukturminister Juri Lawrenjuk wurden zwei zusätzliche Panzerboote ins Asowsche Meer verlegt.

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Shelobok, Michajlowka, Perwomajsk, Sokolniki, Losowoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dabei wurden vier Wohnhäuser in Michajlowka beschädigt.

Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Im Fall von „Cyberangriff“: Nato-Chef droht Russland mit Antwort. Die Nato kann sich im Fall von „Cyberattacken“ seitens Russlands auf Anwendung von Artikel 5 berufen, der den Bündnisfall regelt. Dies verkündete Nato-Chef Jens Stoltenberg in einem Interview mit dem Portal „Axios“.

Zuvor hatten sich die Bündnispartner auf dem Juli-Gipfel in Brüssel darauf geeinigt, dass die Nato im Fall eines „hybriden Krieges“ den Artikel 5 des Nordatlantikvertrags wie im Fall eines bewaffneten Angriffs anwenden könnte.

Zum Thema eines angenommenen „Cyberangriffs“ seitens Russlands erläuterte Stoltenberg, die Ausrufung des Bündnisfalls würde nicht automatisch erfolgen, sondern „von der Natur der Cyberattacke“ abhängen.

„Das Wichtigste ist, dass wir unsere Bereitschaft für die bedarfsmäßige Ausrufung des Artikels 5 klar ausgedrückt haben und auch, dass wir unsere Cyber-Abwehr bei Übungen verstärken sowie in moderne Cyber-Fähigkeiten investieren“, erklärte der Nato-Chef.

Stoltenberg betonte, dass die Nato die genauen Bedingungen nicht präzisieren werde, unter denen der fünfte Artikel angewandt werden könne.

„Ich glaube, dass wir keinem potenziellen Gegner diesen Vorteil geben sollten“, so Stoltenberg gegenüber Axios.

Dem fügte der Generalsekretär hinzu, dass die Nato bei ihren Operationen Cyber-Mittel verwenden könnte – aber nur in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

„Sie wurden zum Beispiel gegen den IS eingesetzt, nicht von der Nato, sondern von Nato-Verbündeten. Und wir wissen, dass diese Fähigkeiten extrem wichtig sein können“, sagte Stoltenberg.

Der Artikel 5 des Nordatlantikvertrags gewährleistet das Recht auf kollektive Selbstverteidigung der Mitgliedsländer: Er besagt, dass „ein bewaffneter Angriff gegen eines oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird“.

Russland weist weiterhin Vorwürfe der Wahleinmischung in verschiedenen Staaten durch Cyberangriffe zurück. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete sie als „absolut unbegründet“. Außenminister Sergej Lawrow betonte ebenfalls, dass es keine Belege für die Einmischung gebe.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31822/47/318224741.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 16. September 3:00 Uhr bis 17. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 28.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Wasiljewka), Dolomitnoje, Werchnetorezkoje, Donezker Flughafen, Spartak, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Telmanowo (Wasiljewka), Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 377.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 272.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

Dan-news.info: „Gestern Abend haben ukrainische Einheiten Dokutschajewsk beschossen. In einem Mehrparteienwohnhaus in der Lenin-Straße 100 wurde bei einer der Wohnungen die Verglasung beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung mit.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort.

de.sputniknews.com: US-Labors in Gus-Ländern „biologische Bedrohung“ für Russland – Experte

Das ehemalige Mitglied des Ausschusses für biologische und chemische Waffen Igor Nikulin hat in einem Interview mit dem Portal „Swesda“ über Tests berichtet, die das US-Militär in

geheimen Biolabors in Gus-Staaten durchführt.

Der Experte erklärte, dass alle US-Laboratorien in Georgien, Armenien, der Ukraine, Kasachstan und anderen Ländern nach demselben Prinzip gebaut seien.

„Es ist ein Schacht, der tief in die Erde geht und kann, wenn es keine Atombombe ist, einem direkten Treffer eines Lenkflugkörpers standhalten. Die Gruben sind mit Lüftungs-, Desinfektions- und Gegendruckkontrollanlagen versehen. Die lokalen Einwohner dürfen die Gegend des Labors nicht betreten. Denn es hat einen exterritorialen Status und ist somit US-Territorium“, so Nikulin gegenüber „Swesda“.

Laut Nikulin untersuchen die Labors Proben von lokalen Stämmen tödlicher Krankheitserreger. Ihre Auswirkungen auf den menschlichen Körper würden von US-Biochemikern erforscht und angeblich verstärkt.

„In den Ländern, wo sich diese Laboratorien befinden, wie beispielsweise in der Ukraine, sind in den letzten Jahren vermehrt Epidemien aufgetreten. Masern, Typhus, Salmonellen, Tetanus... All dies stellt eine direkte biologische Bedrohung für Russland dar“, meint Nikulin. Obwohl die lokale Bevölkerung gegen diese Einrichtungen protestiere, unterzeichnen die Regierungen laut Nikulin Vertraulichkeitsvereinbarungen und verpflichten sich zur Beteiligung an allen Aspekten des Kampfs des Westens gegen Russland – von psychologischen bis hybriden Kriegen.

Am 11. September waren auf einer Pressekonferenz des ehemaligen georgischen Ministers für Staatssicherheit, Igor Giorgadse, in Moskau neue Beweise für gefährliche Aktivitäten von Amerikanern in Biolabors in Georgien präsentiert worden.

Militärische und zivile Dienstleister hätten in Georgien geheime Experimente durchgeführt, darunter an Menschen, so Giorgadse.

Dan-news.info: Die Rechtsschutzorgane der DVR haben heute eine Aufzeichnung eines Verhörs eines Agenten des SBU veröffentlicht, der im Jahr 2017 einen Anschlag auf das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko vorbereitet hat. Das Material hat der Fernsehsender „Swesda“ veröffentlicht.

„Dieses Verhör wurde vor kurzem durchgeführt, genau deswegen, weil nach der Explosion im Café „Separ“ Stückchen von diesem „Mosaik“ an ihren Platz kamen und klar wurde, wovon dieser Mensch nach seiner Festnahme im Jahr 2017 sprach. Er wurde ein weiteres Mal verhört und hat genauer über die steuerbare Sprengeinrichtung gesprochen, über eine zweite Gruppe von Diversanten usw.“, erklärte der Pressedienst des MfS der DVR.

Während des auf dem Video aufgenommenen Verhörs berichtete der 2017 festgenommene Alexandr Pogorelow, dass er 2014 vom Sicherheitsdienst der Ukraine angeworben wurde und eine Spezialausbildung auf einem ukrainischen Truppenübungsplatz durchlief. Er erhielt den Auftrag, das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko zu ermorden, indem er im Donezker Restaurant „Puschkin“ eine hochtechnologische Sprengeinrichtung mit Fernzündung installierte, die von Spezialisten des SBU mit Unterstützung amerikanischer Geheimdienste erstellt wurde. Außerdem wusste Pogorelow von einer Gruppe Diversanten, die parallel arbeitete und einen Anschlag in einer anderen Einrichtung plante.

Ukrinform.ua: Britischer Politiker wegen Beziehungen zu Putin zur persona non grata in der Ukraine erklärt.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat den Briten Andrew Murray, der der Berater des Oppositionsführers und Parteivorsitzenden der Labour Party Jeremy Corbyn ist, zur persona non grata erklärt.

Darüber berichtet dailymail.co.uk unter Bezugnahme auf das Schreiben der ukrainischen Behörde.

„Dem einflussreichsten Berater von Jeremy Corbyn im britischen Parlament ist die Einreise in die Ukraine verwehrt, weil er eine Bedrohung für die nationale Sicherheit wegen seiner mutmaßlichen Verbindungen mit dem „globalen Netzwerk von Propaganda“ von Wladimir Putin darstellt“, heißt es im Bericht.

Wie berichtet wird, wurde dem ehemaligen Kommunisten die Einreise in die Ukraine im Juni für drei Jahre gesperrt.

Seinerseits weist Murray Vorwürfe, er sei Teil eines „Netzwerkes von Propaganda“, zurück. Jedoch habe gerade er eine Schlüsselrolle in der Kampagne zur Unterstützung der Separatisten in der Ukraine gespielt, schreibt die Ausgabe.

Darüber hinaus äußerte Murray mehrmals Zweifel daran, dass Russland an der Katastrophe der malaysischen Boeing des Flugs MH-17 im Donbass beteiligt war.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_09/thumb_files/630_360_1537110956-1939.jpg

de.sputniknews.com: **Russisches Verteidigungsamt präsentiert neue Beweise zum MH-17 Absturz in Ukraine.**

Das russische Verteidigungsministerium präsentiert bei einer Pressekonferenz am Montag neue Beweise zum Absturz des Passagierjets MH-17 in der Ukraine im Jahr 2014.

Die Dokumente, die heute offengelegt werden, waren laut dem Ministerium zuvor als „streng geheim“ eingestuft worden. Unter anderem werde nun die Archiv-Dokumentation für die Rakete, die den Passagierjet abgeschossen hat, veröffentlicht.

Alle Vorwürfe, wonach ein russisches „Buk“-Abwehrsystem für die Katastrophe der MH-17 verantwortlich sei, seien unhaltbar.

Die Seriennummer auf den Trümmerteilen der Rakete konnte vom Ministerium zurückverfolgt werden.

Demnach sei aus der Analyse der Seriennummer und der Dokumentation der Rakete folgendes hervorgegangen:

- die Rakete ist im Moskauer Gebiet im Jahr 1986 produziert worden,
- noch im Jahr 1986 ist die Rakete in den Militärstützpunkt Nr. 20152 auf dem Territorium der „Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ (heute Territorium der Ukraine) transportiert worden. Es ist dokumentiert, dass sie von der Empfängerseite erhalten wurde,
- danach ist diese Rakete nie mehr zurück auf das Territorium der heutigen Russischen Föderation gebracht worden,
- der Militärstützpunkt, wo sie im Dienst stand, befindet sich in der Stadt Stryj in der Oblast Lwiw in der Ukraine,
- alle Gremien, die sich mit der Aufklärung des MH-17-Absturzes befassen, darunter die

internationale Untersuchungskommission, können bei entsprechender Anfrage vollen Zugang zu all den genannten Archiv-Dokumenten erhalten.

Das russische Verteidigungsministerium präzisiert weiterhin, dass die entsprechende Dokumentation dieser Art für jede Rakete immer auf dem Herstellungsstandort ausgefüllt und aufbewahrt wird - unabhängig davon, ob das Produkt sich weiterhin auf dem Territorium der Russischen Föderation befindet oder nicht.

Weitere Beweise:

Zudem sei offensichtlich, dass die abgefangenen Funkübertragungen ukrainischer Militärs die Verantwortung der ukrainischen Seite für die Katastrophe zeigen.

Die entsprechenden Tonaufnahmen der ukrainischen Militärs sind zugleich vom russischen Verteidigungsministerium auf der Pressekonferenz präsentiert worden.

Die Stimme auf den Tonaufnahmen gehöre dem Oberst Gryntschak der ukrainischen Streitkräfte. Dieser habe die Befehlsgewalt über die Luftsicherheit im Konfliktgebiet gehabt. Das ukrainische Raketenabwehr-Regiment, in dessen Dienst die entsprechende Rakete stand, sei zudem mehrfach in das Konfliktgebiet im Donbass verlegt worden.

Gleichzeitig sei belegt, dass keine einzige „Buk“-Rakete jemals in den Besitz der „Volkswehren“ der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk gelangt sei.

Die zuvor von teils anonymen Accounts veröffentlichten Videos eines angeblichen russischen „Buk“-Systems, das die MH-17 abgeschossen haben soll, seien eindeutig manipuliert worden.

Weiteres Vorgehen:

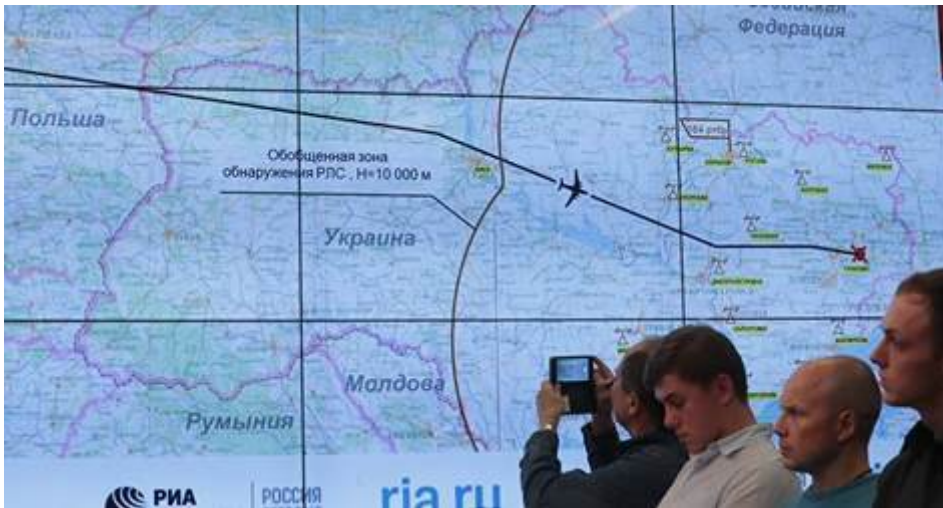
Das Russische Verteidigungsministerium betont, dass die vorgelegten Beweise unwiderlegbar die Verantwortung der Ukraine für die Tragödie belegen würden. Alle Beweise seien bereits an die Niederlande geschickt worden. Zudem werde die entsprechende Information auch auf der Internetseite des russischen Verteidigungsministeriums in Kürze veröffentlicht.

Moskau hoffe in diesem Zusammenhang, dass die internationale Untersuchungskommission die offengelegten Unterlagen in vollem Umfang bei ihrer Untersuchung zur Kenntnis nimmt. Laut dem Ministerium muss nun die internationale Untersuchungskommission von der Ukraine jegliche Dokumentation in ihrem Besitz für die entsprechende Rakete einfordern.

Es sei jedoch zu befürchten, dass Kiew nun versuchen wird, alle Archiv-Unterlagen hierzu zu vernichten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32234/04/322340490.jpg>

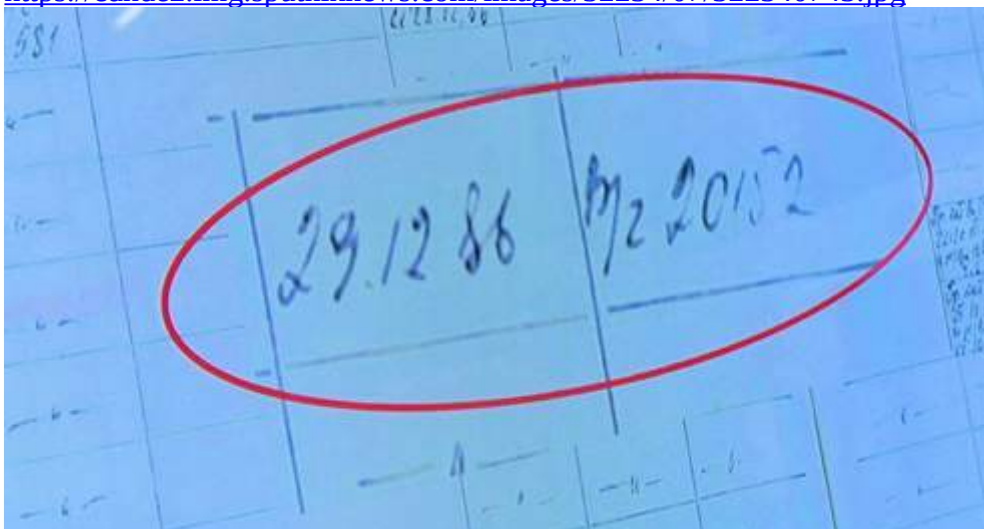


<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32234/05/322340593.jpg>

досмотрову изделия № 886010

Номер	Дата выпуска	Номер служебного паспорта	Примечание
9-86	30.06.86	5914	
401862322	31.05.86	410	
8869032	24.12.86	"	

<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32234/07/322340743.jpg>



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32234/08/322340834.jpg>

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Neue „Spionage-Vorwürfe“: Schweiz verschärft Zulassungsprozess russischer Diplomaten.

Die Schweiz hat das Akkreditierungsverfahren für russische Diplomaten wegen Verdachts illegaler Aktivitäten im Land verschärft. Dies gab der Pressedienst des Eidgenössischen Departements für internationale Angelegenheiten gegenüber Sputnik bekannt.

Das EDA bestätigte, seit dem Frühjahr dreimal den russischen Botschafter oder seinen zeitweiligen Geschäftsträger einbestellt zu haben, um Erklärungen zum Fall Skripal und der Situation um das Spiez-Labor zu erhalten.

„Das Außenministerium hat Russland dazu aufgerufen, illegale Aktivitäten in der Schweiz und gegen Schweizer Einrichtungen sofort einzustellen. Die Prüfung der russischen Akkreditierungsanträge hat sich intensiviert“, verlautbarte der Pressesprecher, Pierre-Alain Eltschinger.

Ihm zufolge teilt die Schweiz alle Informationen mit ihren Partnerstaaten.

„Gleichzeitig werden wir uns weiterhin um gute Beziehungen zu Russland bemühen“, sagte der Vertreter des Schweizer Außenministeriums.

Zuvor hatte die schweizerische Zeitung „Tages-Anzeiger“ unter Berufung auf eine geheime Mitteilung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) berichtet, es gebe in der Schweiz „Dutzende offizielle russische Vertreter, die Teil- und Vollzeit-Spione“ seien oder gewesen seien.

Russlands Botschaft in Bern hatte die Medienberichte als haltlose und unbewiesene Vorwürfe, die für die Untergrabung russisch-schweizerischer Beziehungen sorgen würden, zurückgewiesen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32234/03/322340352.jpg>

mgblnr.org: Spezialdienste der Ukraine haben einen Mord am Bürgermeister von Brjanka, Nikolaj Morgunow, durch eine Sprengeneinrichtung vorbereitet. Dies erklärte heute ein vom MfS der LVR festgenommener Agent des SBU mit dem Pseudonym „Brjanka“.

Der Einwohner der Republik Wassilij Chiljuk gab zu, dass er von Mitarbeitern des SBU am Kontroll- und Passierpunkt „Majorsk“ festgenommen wurde. Unter Drohung mit Vergeltung an Verwandten, die auf dem von den ukrainischen Truppen kontrolliertem Territorium leben, wurde Chiljuk gezwungen, eine schriftliche Zustimmung zu einer geheimen Zusammenarbeit zu geben.

Er erhielt eine Reihe von Aufgaben: sich in das Vertrauen eines Mitarbeiters der bezirksübergreifenden Abteilung des MfS der LVR von Stachanow einzuschleichen und den Wohnort sowie Fahrstrecken des Bürgermeisters von Brjanka festzustellen.

Nach den Worten Chiljuk musste er herausfinden, „wo Morgunow wohnt, mit was für einem Auto er fährt, seine Einfahrt fotografieren“ und die gesamte Information über WhatsApp seinen Kuratoren aus dem SBU übermitteln.

Bei dem Kontakt mit Mitarbeitern ukrainischer Spezialdienste wurde festgestellt, dass diese

Informationen zur Durchführung eines Terroraktes gesammelt wurden.
Trotz der Drohungen ging der Einwohner der Republik zum MfS.
Sollten seine Verwandten von ukrainischen Spezialdiensten verfolgt werden, ist er bereit, sich an internationale Organisationen zu wenden.
Wir erinnern daran, dass gemäß der Anmerkung zu § 335 des Strafrechtsbuchs der LVR („Landesverrat“) und § 336 („Spionage“) eine rechtzeitige Mitteilung über die Heranziehung zur Zusammenarbeit von Seiten ausländischer Spezialdienste ausreichend ist, um von strafrechtlicher Verantwortung befreit zu werden.

Ukrinform.ua: Pentagon-Chef warnt vor Einmischung Russlands bei Referendum in Mazedonien.

Der US-Verteidigungsminister James Mattis warnte Mazedonien vor möglicher Einmischung Russlands in das Referendum über eine Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union. Dies teilte Reuters mit.

Mattis brachte seine Besorgnis zum Ausdruck, dass Moskau versuche, das Referendum über den Mazedoniens EU- und NATO-Beitritt zu beeinflussen.

Wie berichtet, unterzeichneten Griechenland und Mazedonien im Juni eine Vereinbarung über die Umbenennung Mazedoniens in Republik Nord-Mazedonien. Am 30. September findet in Mazedonien ein Referendum über den Landesnamen statt.

Die Bürger Mazedoniens sollen auch über eine Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union abstimmen, die das Abkommen zwischen der Republik Mazedonien und Griechenland akzeptiert haben.

de.sputniknews.com: So könnte Ukraine sich Vorbereitungen auf Nato-Beitritt ersparen: Die Ukraine könnte der Nato beitreten, ohne in den Membership Action Plan (MAP) aufgenommen zu werden. Das verkündete der stellvertretende Nato-Generalsekretär für Politik und Sicherheit, Alejandro Alvargonzalez, in einem Gespräch mit der Online-Zeitung eurointegration.com.ua.

Beim MAP handelt es sich um ein Programm zur Vorbereitung der Mitgliedschaft in der Allianz. Ein Kandidatenland muss den Nato-Staaten Rechenschaft über die politische, wirtschaftliche und politische Lage ablegen. Kiew bemüht sich um diesen Status im Bündnis. Möglich sei aber laut dem Nato-Beamten, dass die Nato-Länder einstimmig für das Überspringen dieser Vorbereitungsstufe eines Kandidaten aufträte. „Die Verbündeten haben das Recht auf eine solche Entscheidung“, so Alvargonzalez gegenüber der Zeitung weiter. Derzeit sei jedoch kein Konsens unter den Nato-Mitgliedsstaaten über den Beitritt der Ukraine zu der Allianz zu sehen, fügte der Nato-Beamte hinzu.

Das ukrainische Parlament hat im Dezember 2014 Abänderungen in zwei Gesetze eingetragen und auf diesem Wege auf den blockfreien Status des Landes verzichtet. Im Juni 2016 wurde der Nato-Beitritt zum Ziel der ukrainischen Außenpolitik erklärt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30035/66/300356661.jpg>

Lug-info.com: Die Verwaltung von Perwomajsk teilte mit, dass in der Tschljuskin-Straße in Solotoje-5 durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte eine Sommerküche abgebrannt ist.

De.sputniknews.com: Geplanter Mordanschlag von 2017 wirft Licht auf Republikchef-Mord – Donezk

Das Sicherheitsministerium der selbsterklärten Volksrepublik Donezk hat ein Video verbreitet, das einen Verhör einer wegen Vorbereitung des Attentats auf Republikchef Alexander Sachartschenko im Jahr 2017 verhafteten Person zeigt. Es soll Licht auf den Mord an Sachartschenko werfen.

Die Aufnahmen wurde unter anderem vom TV-Sender „Swesda“ veröffentlicht.

Zwar sei der Vernommene bereits im vergangenen Jahr verhaftet worden, jedoch würden nun seine Aussagen nach dem Mordanschlag auf den Republikchef Sachartschenko von zusätzlichem Interesse sein, erläuterte der Pressedienst der Donezker Sicherheitsbehörde gegenüber der Nachrichtenagentur DAN:

„Diese Befragung wurde erst vor Kurzem durchgeführt - aus dem Grund, dass sich nach der Sprengung in dem Café „Separ“ (bei der der Chef der Volksrepublik Donezk Sachartschenko getötet worden war — Anm. d. Red.) die Teile dieses „Puzzles“ ineinandergefügt hatten und klar wurde, wovon dieser Mann nach seiner Festnahme im Jahr 2017 gesprochen hatte“. Der Festgenommene sei wiederholt verhört worden und habe ein detaillierteres Bild von der Vorbereitung des Anschlages gezeichnet — unter anderem in Bezug auf einen ferngesteuerten Sprengsatz und eine Diversantengruppe, an der er selbst nicht beteiligt gewesen sei.

Das Video zeigt einen Mann. Er stellt sich als Alexander Pogorelow vor und behauptet, 2014 von dem ukrainischen Inlandsgeheimdienst angeworben worden zu sein. Nach eigenen Angaben habe er unter anderem die Aufgabe erhalten, einen selbstgebastelten Sprengsatz in dem regelmäßig von Sachartschenko besuchten Restaurant „Puschkin“ in Donezk anzulegen. Zudem teilte der verhörte Mann mit, er habe von einer anderen subversiven Gruppe gewusst, die einen Anschlag an einem anderen Ort habe vorbereiten sollte. Für den letzteren Angriff sei der Einsatz eines Sprengsatzes eines neuen Typs geplant worden. In Kiew seien Tests der Waffe erfolgt. Das Besondere an der Bombe sei, dass das Sendersignal (das den Sprengsatz aktiviert — Anm. d. Red.) aus einer Entfernung von anderthalb bis zwei Kilometern, unter anderem durch dicke Betonwände, übertragen werden und nicht gedämpft werden könne. Früher habe der ukrainische Sicherheitsdienst SBU über keine solche Ausrüstung verfügt, so Pogorelow. Die Bombe koste mehr als 10.000 US-Dollar und sei nach seiner Ansicht von US-

Geheimdiensten an den ukrainischen Sicherheitsdienst übertragen worden. Alexander Sachartschenko, der Ende 2014 die Führung der selbsterklärten Volksrepublik Donezk übernommen hatte, war am 31. August bei einem Sprengstoffanschlag in einem Kaffeehaus im Zentrum von Donezk getötet worden. Weitere elf Menschen wurden verletzt. Die Behörden der Volksrepublik Donezk machten den ukrainischen Geheimdienst SBU dafür verantwortlich. Dieser bestreitet seine Verwicklung.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32218/20/322182097.jpg>

Armiyadnr.ru: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 17.09.2018:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Terroristen die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik in allen Richtungen beschossen. Insgesamt hat der Gegner mehr als 18 Mörsergeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgefeuert und aktiv mit Granatwerfern verschiedener Art, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen.

Im intensivsten schoss der Feind in **Richtung Mariupol**. Die Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade und der 128. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte unter Kommando der Verbrecher Gnatow und Sobko beschossen die Gebiete von **Leninskoje, Wasiljewka, Sachanka und Kominternowo**. Der Feind schoss mit 120 mm und 82 mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen.

In **Richtung Donezk** haben die Einheiten der 56. und 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeure die Verbrecher Iwanow und Martschenko sind, **Staromichajlowka, Wasiljewka und Dokutschajewsk** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen, auf Spartak wurden zusätzlich acht Mörsergeschosse mit Mörsern des Kalibers 120mm abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** wurden von Seiten der 58. Panzergrenadierbrigade unter Führung des Verbrechers Drapatyj Dolomitnoje, **Werchnetorezkoje, Wasiljewka** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen. Hier schoss der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen.

So strebt das offizielle Kiew planmäßig nach einem Scheitern der Minsker Vereinbarungen und demonstriert seinen Unwillen, den Konflikt im Südosten des Landes auf friedlichem Weg zu lösen.

Im Zusammenhang damit rufen wir die Weltgemeinschaft auf, rechtzeitig die Kriegshitze des Kommandos der OOS abzukühlen und den Genozid an der Bevölkerung des Donbass von Seiten der Kiewer Strafruppen zu stoppen.

In der Folge unmenschlicher und hinterhältiger Methoden der Kriegsführung der ukrainischen Söldner leidet weiter die friedliche Bevölkerung des Donbass. So **starb gestern**, am 16. September, infolge der Detonation eines Geschosses, das von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gekommen war, **ein Mann, geb. 1959**. Wir drücken der Familie des Toten unser Beileid aus und erinnern die Bürger der Republik daran, beim Entdecken verdächtiger Objekte sofort den Dienst des Zivilschutzministeriums der DVR zu benachrichtigen. Wir bitten die Bürger Vorsicht zu zeigen und den Aufenthalt in der Nähe der Kontaktlinie angesichts des möglichen Vorhandenseins von nicht detonierten Geschossen zu vermeiden. Aus Informationen von örtlichen Einwohnern wurde uns bekannt, wie das Kommando der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Fertigkeiten in kommerzieller Tätigkeit vervollkommen, indem es Treibstoff, der für die Aufrechterhaltung der Kampffähigkeit ausgegeben wurde, an Einwohner von Artjomowsk (Bachmut) verkauft. Allein in der letzten Woche konnten örtliche Landwirte bis zu 10 Tonnen Dieseltreibstoff kaufen. So hat der Kommandeur der Brigade Tatus das Versprechen des obersten Kommandeurs der Streitkräfte der Ukraine P. Poroschenko bezüglich der Unterstützung der Landwirtschaft erfüllt.

de.sputniknews.com: Irans Erklärungen zum Atomprogramm sind auf „mangelnde Fortschritte“ zurückzuführen.

Regelmäßige Erklärungen Teherans über einen möglichen Ausbau des Atomprogramms sind auf mangelnde Fortschritte in den Verhandlungen seit dem Austritt der USA aus dem Nuklearabkommen zurückzuführen. Das teilte der ständige Vertreter Russlands bei den internationalen Organisationen in Wien Michail Uljanow am Montag mit.

Laut Uljanow gab es in den letzten Monaten Expertentreffen zwischen den Unterzeichnern des Abkommens und iranischen Vertretern. Die letzte Zusammenkunft soll am 11. September in Wien stattgefunden haben sein.

„Wir haben einige Fortschritte erzielt, allerdings reicht das nicht. Genau deswegen, denke ich, lässt Teheran von Zeit zu Zeit in seinen Erklärungen verlauten, dass man die Zentrifugenfabrik betriebsbereit machen und das Atomprogramm auf ein neues Niveau bringen will. Ich persönlich empfinde dies als ein Signal aus dem Iran, dass die verbleibenden Unterzeichner des Abkommens ihre Arbeit zur Wiederherstellung der Bilanz, die durch den Rückzug der USA aus diesem Abkommen zerstört wurde, intensivieren müssen (...)“, sagte Uljanow.

Zuvor hatte der Chef der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, die Eröffnung einer neuen Zentrifugenfabrik bekannt gegeben. Er hoffe, dass der gemeinsame umfassende Aktionsplan für das iranische Atomprogramm erhalten bleibe. Jedoch müsse das Programm auf ein neues Niveau gehoben werden, sollte das Abkommen annulliert werden.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

Trotz des Waffenstillstands hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Geschossen wurde auf die Gebiete von **Losowoje, Sokolniki, Perwomajsk, Michajlowka** und **Shelobok**. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 100 verschiedene Geschosse abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten die Kriegsverbrecher Grusewitsch und Wojtschenko.

Spezialdienste der Ukraine werben weiter örtliche Einwohner an, die in Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie leben.

In Starobelsk wurde die Aktivität von operativen Mitarbeitern des SBU beobachtet, besonderes Interesse rufen bei ihnen Menschen hervor, die Verwandte in der LVR und DVR haben. Außerdem wurden Aufrufe mit Telefonnummern von Hotlines des SBU angeklebt, damit Bürger die Organe über mögliche Verbindungen ihrer Bekannten mit „Separatisten“ informieren.

Diese Fälle verweisen ein weiteres Mal darauf, dass die Kiewer Regierung mit allen Mitteln versucht, alle die auszurotten, die mit dem faschistischen Regime nicht einverstanden sind. In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte wächst die Zahl der Fälle nicht kampfbedingter Verluste unter den Soldaten weiter an.

Wir haben eine Information über einen weiteren nicht kampfbedingten Verlust der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Popasnaja erhalten. Es ist bekannt, dass der Soldat Maxim Wassiljewitsch Wolownik aus der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf einem Beobachtungspunkt Selbstmord beging, indem er sich ins Kinn schoss. Außerdem starb in einer Einheit derselben Brigade der Soldat Sergej Segejewitsch Tschbotarj aufgrund von Missachtung von Sicherheitsvorschriften beim Umgang mit der Waffe.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die wahren Ursachen des Todes dieser Soldaten vom Kommando gegenüber der übergeordneten Führung und den Verwandten der Toten verheimlicht werden, denen erzählt werden wird, dass die Soldaten bei Kämpfen fielen. ...

de.sputniknews.com: Poroschenko kündigt Freundschaftsvertrag mit Russland.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat den Beschluss des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine über die Aufkündigung des Freundschaftsvertrags zwischen der Ukraine und Russland in Kraft gesetzt. Das teilte sein Pressedienst am Montag mit.

„Der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, hat ein Dekret über den ‚Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 6. September 2018‘ über den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation unterzeichnet“.

Demgemäß seien die Vorschläge des ukrainischen Außenministeriums bezüglich der Beendigung des am 31. Mai 1997 unterzeichneten Freundschaftsvertrags genehmigt.

Kiew soll bis zum 30. September den Kreml über seine Entscheidung informieren. Danach soll der Gesetzentwurf ins ukrainische Parlament eingebracht werden.

Der russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag war im Mai 1997 signiert und Ende 2008 um zehn Jahr verlängert worden. Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau hatten sich nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im März 2014 und nach Beginn des Donbass-Konflikts im April desselben Jahres verschlechtert.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über die Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium der Ukraine als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist keine Rede von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32208/74/322087443.jpg>

de.sputniknews.com: Ukraine bereit zur Überprüfung aller bilateralen Verträge mit Russland – Klimkin

Kiew will laut dem Außenminister der Ukraine Pawel Klimkin die vertragliche Grundlage der russisch-ukrainischen Beziehungen überprüfen. Das schreibt das Portal eurointegration.com.ua.

„Fakt ist, dass die Rechtsgrundlage unserer Beziehungen zu Russland schrittweise neu geschaffen wurde. Es gibt eine Klausel in jedem Vertrag mit der Russischen Föderation, die ein Kündigungsverfahren vorsieht. Und wir haben einen internen Plan, wie und wann wir es tun werden“, sagte Klimkin am Montag vor Journalisten.

Anschließend gab er auch die Aufkündigung des russisch-ukrainischen Abkommens von 2003 bekannt, in dem das Asowsche Meer als Binnengewässer definiert wird.

„Es wird das Gleiche mit dem Abkommen über das Asowsche Meer passieren – natürlich wird es in Zukunft nicht weiter gelten. Aber wann wir es außer Kraft setzen werden, ist eine ganz andere Frage“, fügte der Außenminister hinzu.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31613/03/316130382.jpg>

Dnr-online.ru: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über neue Informationen aus einer Pressekonferenz des Verteidigungsministeriums der RF bezüglich der Umstände des Absturzes des Boeing 777:

Heute, am 17. September, findet im internationalen Pressezentrum MIA „Rossija Segodnja“ eine Pressekonferenz des Verteidigungsministeriums über neu entdeckte Umstände des Absturzes der Boeing-777 einer malaysischen Fluglinie bei Donezk statt.

Der Leiter der Abteilung für Informationen und Massenkommunikation des Verteidigungsministeriums der RF Generalmajor Igor Konaschenkow teilte mit, dass die russische Seite aufwändige Arbeit mit den Materialien geleistet hat, die von der gemeinsamen Ermittlungsgruppe auf der Pressekonferenz am 24. Mai 2018 in den Niederlanden veröffentlicht wurden.

„Während der heutigen Pressekonferenz wird eine dokumentarisch bestätigte Information über die Herstellung und das weitere Schicksal der Rakete 9M38 eines Abwehrraketenkomplexes „BUK“ vorgestellt werden, mit der nach der Version der gemeinsamen Ermittlungsgruppe am 17. Juli 2014 die Boeing-777 der malaysischen Fluggesellschaft abgeschossen wurde. Außerdem werden Fakten vorgelegt, die die Nichthaltbarkeit der Beschuldigungen beweisen, dass an dieser Tragödie ein Abwehrkomplex „BUK“ beteiligt war, der angeblich der russischen 53. Abwehrraketenbrigade gehört“, sagte Igor Konschenkow.

Von der gemeinsamen Ermittlungsgruppe waren Videomaterialien vorgelegt worden, die beweisen sollten, dass auf dem Territorium der Donezker und Lugansker Oblaste angeblich ein Geschütz der russischen 53. Abwehrraketenbrigade anwesend war, die auch an der Tragödie mit der Boeing beteiligt gewesen sein soll.

„Von russischen Experten mit hoher Qualifikation wurde eine Untersuchung dieser Videos vorgenommen, die bewies, dass sie gefälscht waren. Die von uns vorgelegten Dokumente und Schlussfolgerungen von Experten erläutern die Umstände des Absturzes der Boeing-777 über dem Donbass ausführlich und sind ein unwiderlegbarer Beweis dessen, dass die Ukraine nicht nur an der Tragödie selbst beteiligt war, sondern auch an der Manipulation der internationalen Ermittlung. Mehr noch, in unserer Verfügung befindet sich eine Audioaufzeichnung von Telefongesprächen ukrainischen Soldaten, die im Jahr 2016 gemacht wurde. Die Analyse ihres Inhalts bestätigt die zuvor gezogenen Schlüsse über eine unmittelbare Beteiligung der ukrainischen Seite am Absturz der malaysischen Boeing“, sagte Igor Konschenkow.

Der Leiter der Abwehrraketenhauptabteilung des Verteidigungsministeriums der RF, Generalleutnant Nikolaj Parschin erklärte:

„Am 24. Mai 2018 wurde von Vertretern der gemeinsamen Ermittlungsgruppe eine Pressekonferenz durchgeführt, bei der Fragmente des Motors und der Düse der Rakete 9M38 des Abwehrraketenkomplexes „BUK“ demonstriert wurden, mit der nach der Version der Ermittlung am 17. Juli 2014 das malaysische Flugzeug MH17 abgeschossen wurde. Dabei wurde die Aufmerksamkeit auf die Nummer dieser Rakete gelenkt.

Diese Nummern bestehen aus zwei Teilen. Der erste Teil ist eine Konstruktionsbenennung der Elemente des Geräts. So ist 9D131 die Abkürzung für den Motor der Rakete und 9D131-0500 die Bezeichnung für den Düsenblock. Der zweite Teil ist eine eindeutige Fabriknummer, die es erlaubt, jede Komponente zu identifizieren. Dies ist in unserem Fall für den Motor die Nummer 8869032, für die Düse die Nummer 830113. Wenn man die Seriennummer der Düse und der Rakete kennt, gibt es dann die Möglichkeit die Nummer der Abwehrrakete und des Abwehrraketenkomplexes „BUK“ zu ermitteln, die die gemeinsame Ermittlungsgruppe interessieren. Die Experten arbeiteten in Archiven des wissenschaftlichen Produktionsunternehmens in Dolgoprudnyj, während der Existenz der UdSSR war dieses Maschinenbauunternehmen ein Produzent für Abwehrraketenkomplexe „Buk“. Die Untersuchung der Dokumente erlaubt es, die Bordnummer dieser Rakete genau festzustellen. Die Rede ist vor allem vom Komplex der technischen Dokumentation, die in der Produktionsfabrik für jedes produzierte Teil erstellt wird und dort aufbewahrt wird unabhängig davon, ob es sich auf dem Territorium der RF oder außerhalb befindet. Unter den vorgelegten Dokumenten ist ein Pass für den Düsenblock 9D13105000 Nr. 830113 und ein Formular des Motors der Rakete 9D131 mit der Fabriknummer 869032. Die auf der Pressekonferenz vorgestellten Komponenten und die Nummern der Aggregate, die in der technischen Dokumentation erwähnt sind, die im wissenschaftlichen Produktionsunternehmen

in Dolgoprudnyj archiviert sind und die wir heute vorlegen, sind identisch. Aus dem Formular für den Raketenmotor ist ersichtlich, dass die Düse ein integraler Bestandteil ist und am 24. Dezember 1986 installiert wurde. Entsprechend dem Eintrag im Formular für den Motor wurde er am selben Tag in die Rakete 9M38 mit der Seriennummer 8868720 montiert. Die aus den Teilen montierte Rakete erhielt die Fabriknummer 8868720.

So wurde zuverlässig festgestellt, dass der Motor und die Düse, die der Öffentlichkeit von der gemeinsamen Ermittlungsgruppe bei der Pressekonferenz im Mai vorgestellt wurden, zur Rakete 9M38 mit der Seriennummer 8868720 gehörten, wobei bedeuten 8 – das Teil wurde im wissenschaftlichen Produktionsunternehmen in Dolgoprudnyj produziert;

86 – das Jahr der Herstellung;

8720 – die eindeutige Fabrikseriennummer der Rakete, die vom Produzenten zugeteilt wurde. Wenn man die Fabrikseriennummer eines Teils kennt, kann aus den Unterlagen, die von Vertretern des Verteidigungsministeriums geführt werden, die Bordnummer bestimmen, d. h. die Kampfnummer der Rakete, außerdem kann man feststellen, für welchen Truppenteil sie vorgesehen war, sowie das Datum ihrer Lieferung aus dem Unternehmen und das Datum ihres Eintreffens im Truppenteil. Nach dem Erhalt der Information über die Fabrikseriennummer der Rakete 8868720 und ihres Herstellungsdatums, dem 24.12.1986, haben wir das Journal der verwendeten Produkte für 9M38-Einheiten, die 1986 produziert wurden, studiert. Dieses Journal enthält Informationen, die ein Staatsgeheimnis darstellen und als „streng geheim“ gekennzeichnet sind. Für die Daten des Journals sind lange Aufbewahrungszeiten vorgesehen, was es uns erlaubt, nach so vielen Jahren die Information zur Bewegung der Rakete mit der Fabrikseriennummer 88687720 zu finden. Mehr noch, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Information, die in diesem Journal gefunden wurde, haben wir die präzedenzlose Entscheidung getroffen, die entsprechenden Aufzeichnungen in diesem Dokument aus der Geheimhaltung zu nehmen. Und jetzt stellen wir sie Ihnen vor.

Die Aufzeichnung über die Bewegungen der Rakete 9M38 mit der Fabrikseriennummer 8868720 befindet sich in diesem Dokument an der Position Nr. 74. Daraus folgt: **der auf der Pressekonferenz der gemeinsamen Ermittlungsgruppe vorgestellte Motor und Düsenblock sind Teile der Rakete 8868720. Am 29. Dezember 1986 wurde sie mit der Eisenbahn in den Truppenteil 20152 geliefert.** Es ist sicher bekannt, dass der Truppenteil die Rakete erhalten hat, darüber gibt es entsprechend der Aufzeichnung im Journal einen Empfangsakt. Die tatsächliche Bezeichnung des Truppenteils 20152, wohin die Rakete geliefert wurde, ist 223. Abwehrraketenbrigade. **Im Jahr 1986 gehörte die Brigade zum Karpatenmilitärbezirk und war in Terebowlja Oblast Ternopol der USSR stationiert.** Zu seinen Waffen gehören Abwehrraketenkomplexe „BUK“. **Nach dem Zerfall der UdSSR wurde sie nicht auf das Territorium der RF gebracht und wurde in die ukrainischen Streitkräfte übernommen.** Gemäß einem Erlass des Präsidenten der Ukraine wurde diese Brigade in 223. Abwehrraketenregiment Terbowlja umbenannt. **Derzeit ist dieser Truppenteil, der über Abwehrraketenkomplexe „Buk“ verfügt im Stryj im Oblast Lwow der Ukraine stationiert.**

Wir merken an, dass das 223. Abwehrraketenregiment seit 2014 zur Teilnahme an der sog. ATO auf dem Territorium der Oblaste Donezk und Lugansk der Ukraine herangezogen wurde“.

Russische Spezialisten haben eine **phonoskopische Untersuchung der Audioaufzeichnung vorgenommen, in der von der Beteiligung der ukrainischen Streitkräfte am Absturz der Boeing-777 die Rede ist**, unter Nutzung von Videomaterialien, die in ukrainischen Massenmedien veröffentlicht wurden, vorgenommen. Die Ergebnisse der Untersuchung zeugen eindeutig davon, dass die **Stimme auf der Audioaufzeichnung dem Oberst der ukrainischen Streitkräfte Ruslan Nikolajewitsch Grintschak** gehört. Darüber berichtete Igor Konaschenko auf der Pressekonferenz.

„Ruslan Nikolajewitsch Grintschak ist Bürger der Ukraine, derzeit ist er der erste Stellvertreter des Kommandeurs des Kommandos „West“ der Luftstreitkräfte der ukrainischen Streitkräfte. **Im Juli 2014 war Oberst Grintschak Kommandeur der 164. funktechnischen Brigade der Luftabwehr** der ukrainischen Streitkräfte, Truppenteil A-1451. **Im Juli 2014 waren Einheiten der 164. Brigade in den Oblasten Charkow, Suma, Poltawa, Dnjepropetrowsk, Donezk, Lugansk und Saporoshe stationiert und kontrollierten die Lage im Luftraum**, unter anderem im Südosten der Ukraine. Die Route der Boeing-777 verlief durch den Verantwortungsbereich der 164. Brigade. Mit anderen Worten, Grintschak kannte entsprechend seiner Funktion zuverlässig den wahren Stand der Dinge im Luftraum über dem Donbass sowie die Aufgaben und Ergebnisse der Kampfaktivitäten der Raketenabwehreinheiten, die in der Zone der sogenannten ATO stationiert sind. Das heißt, **sein Satz „über die Möglichkeit des Abschusses einer weiteren malaysischen Boeing bestätigt seine Informiertheit über die Umstände des Absturzes der MH17 und verweist direkt auf die Beteiligung der ukrainischen Streitkräfte an dem Absturz des Flugzeugs“**, sagte Igor Konaschenkow.

Er lenkte die Aufmerksamkeit auch darauf, dass die Ukraine bis jetzt keine Informationen über die Stationierung ihrer Kampfmannschaften für Abwehrraketenkomplexe „Buk“ am Tag der Katastrophe zur Verfügung gestellt hat. Die ukrainische Seite hat nicht auf Fragen zu den Ursachen der erhöhten Aktivitäten der Funkstationen „Kupol“ geantwortet, sie hat nicht auf die Frage nach den Ursachen geantwortet und die Aufzeichnungen der Gespräche der Dispatcher nicht veröffentlicht. Indem sie diese Informationen verheimlicht, missbraucht die Ukraine als Mitglied der gemeinsamen Ermittlungsgruppe ihre Position und manipuliert einfach die Ermittlungen.

„Wir rechnen damit, dass die gemeinsame Ermittlungsgruppe dieses Mal die von uns zur Verfügung gestellten Beweise entgegennimmt und nicht an ihrer Echtheit zweifeln wird. Ich unterstreiche ein weiteres Mal, dass die RF in höchstem Maße an der Objektivität der Ermittlungen der Katastrophen des malaysischen Flugzeugs über dem Donbass interessiert ist“, unterstrich der Generalmajor.

Ukrinform.ua: MH17: Britisches Verteidigungsminister bezeichnet russische Beschuldigungen als Beispiel der Desinformation.

Der Verteidigungsminister Großbritanniens, Gavin Alexander Williamson, hat die russische Beschuldigungen gegen die Ukraine im Fall MH17 „ein neues Beispiel der russischen Desinformation“ genannt.

„Der Kreml glaubt, dass er alles sagen kann und dafür keine Verantwortung tragen muss... Die Welt hat eine klare Vorstellung, wer daran schuld ist. Wir stehen Seite an Seite mit der ukrainischen Regierung“, sagte er auf einer Pressekonferenz mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Stepan Poltorak in Kiew.

Poltorak betonte vor der Presse, Moskau wolle mit dem neuen Fake über die „Buk“-Rakete die Autorität der Ukraine untergraben.

Das russische Verteidigungsministerium erklärte heute in Moskau, dass die Rakete, die für den Abschuss des malaysischen Passagierflugs MH17 verantwortlich war, aus der Ukraine stamme. Sie wurde in einem Werk in Gebiet Moskau 1986 produziert und im selben Jahr an eine Militäreinheit in der Stadt Stryi, Gebiet Lwiw, in der Ukraine geliefert.

Laut dem Zwischenbericht des internationalen Ermittlerteams (Joint Investigation Team JIT) zum Abschuss von MH-17 wurde die Passagiermaschine der Malaysia Airlines mit einem Flugabwehrsystem Buk der russischen Streitkräfte abgeschossen. Das Buk-Raketensystem gehörte zu Beständen der 53. Luftabwehr-Brigade in der russischen Stadt Kursk.

Die Boeing von Malaysia Airlines mit Flugnummer MH17 wurde am 17. Juni 2014 über den besetzten Gebieten der Ostukraine abgeschossen. Alle 298 Menschen an Bord, darunter 196 Niederländer und 39 Australier, kamen ums Leben.

de.sputniknews.com: Nato-Chef droht Russland mit „Antwort“ im Fall von Cyberangriff. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Moskau mit der Anwendung des 5. Artikels der Nato-Satzung gedroht, falls es „zu Cyberangriffen aus Russland“ kommt. Das brachte er in einem Interview mit dem Nachrichtenportal Axios zur Sprache.

Ob die Allianz einen solchen Schritt unternehmen werde, hänge vom Charakter des Cyberangriffs ab, so Stoltenberg. Dabei weigerte er sich, zu präzisieren, unter welchen Bedingungen die Organisation von dem Artikel Gebrauch machen wird.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32234/25/322342552.jpg>

de.sputniknews.com: USA wollen Treuebeweis: Berlin soll sich in Syrien die Hände schmutzig machen.

Swesda

Zu niedrige Rüstungsausgaben, zu geringe Nato-Beiträge, zu schwacher Rückhalt für die USA – Präsident Trump hatte an Merkels Außenpolitik immer schon etwas auszusetzen. Jetzt will der Chef im Weißen Haus von der Bundeskanzlerin offenbar ein knallhartes transatlantisches Bekenntnis erzwingen.

Entweder ihr seid mit uns oder ihr seid gegen uns. So könnte die Wahl aussehen, vor die der US-Präsident die Kanzlerin Merkel gegenwärtig stellt. Einem Bericht der „Bild“-Zeitung zufolge prüft das Verteidigungsministerium eine Beteiligung der Bundeswehr an einem Vergeltungsschlag gegen Syrien, falls dort Giftgas eingesetzt würde. Ein Trump-Vertrauter soll die deutsche Behörde bei einem Besuch dazu aufgefordert haben.

Die "Bild"-Zeitung hat berichtet, die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen habe in ihrem Ressort bereits angeordnet, Einsatzoptionen der Bundeswehr in Syrien durchzuplanen. Geprüft würden mehrere Varianten, von Aufklärungsflügen mit deutschen Tornados bis hin zu direkten Angriffen gegen syrische Truppen und Einrichtungen.

Bundeskanzlerin Merkel hat eine Beteiligung der Bundeswehr an Washingtons Schlägen gegen Syrien nicht ausgeschlossen: „Von vornherein einfach nein zu sein, egal was auf der Welt passiert, das kann nicht die deutsche Antwort sein“, sagte sie in der Aussprache über den Kanzleretat im Bundestag am 12. September.

Allerdings würden alle Antworten der Bundesregierung auf Basis des Grundgesetzes und im Rahmen der parlamentarischen Verpflichtungen gegeben, fügte die Bundeskanzlerin hinzu.

Doch ausgerechnet in rechtlicher Hinsicht ist Merkels Position ziemlich heikel. Gemäß der Verfassung darf die Bundeswehr nur im Sinne der kollektiven Sicherheit und im Rahmen der Vereinten Nationen, der Nato oder der Europäischen Union zu Auslandseinsätzen entsandt werden.

In diesem konkreten Fall aber geht es um die Beteiligung am Kampfeinsatz einer Koalition, die von Washington, London und Frankreich ohne entsprechendes internationales Mandat gebildet wurde.

Diese West-Koalition führte bereits im April dieses Jahres Luft- und Raketenschläge gegen Syrien durch. Damals sei man von den USA nach einer Beteiligung nicht gefragt worden, erklärte die Bundesregierung.

Indes hat die SPD-Parteichefin Andrea Nahles eine deutsche Beteiligung an einem möglichen Vergeltungsschlag kategorisch ausgeschlossen. Solange es keinen Giftgasangriff in Syrien gegeben habe „können wir Sozialdemokraten keinem gewaltsamen Eingriff in Syrien zustimmen“, sagte sie im Bundestag.

In einer Erklärung teilte Nahles mit: „Die SPD wird weder in der Regierung noch im Parlament einer Beteiligung Deutschlands am Krieg in Syrien zustimmen.“ Andere Oppositionsparteien äußerten sich ähnlich. Experten sagen jedoch, die Bundesregierung habe eine Möglichkeit, ohne die Zustimmung des Parlaments Truppen nach Syrien zu entsenden. Sollte es nämlich wirklich zu einem Giftgasanschlag in Syrien kommen (der, wie wir wissen, von den Assad-Gegnern auch inszeniert werden kann), hätte Merkel als Kabinettschefin das Recht, die Bundeswehr im Eilverfahren zu entsenden. Der Bundestag würde dann nachträglich über den Einsatz informiert.

Letztes Jahr hat der Bundestag das Mandat der Bundeswehr zur Beteiligung an den Einsätzen der West-Koalition in Syrien und im Irak erneuert. So patrouillieren deutsche Soldaten an Bord der AWACS-Flugzeuge der Nato den Luftraum über dem Nahen Osten. Sechs deutsche „Tornados“ werden bei Aufklärungsflügen über Syrien eingesetzt.

Mit 445 Stimmen votierte der Bundestag für die Verlängerung des Mandats. 139 Abgeordnete stimmten dagegen.

[Lug-info.com: Das kommissarische Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat heute seine Unterlagen als Kandidat für das Amt des Oberhaupts der LVR bei der zentralen Wahlkommission eingereicht.](#)

[Die Wahlkommission teilte mit, dass er bisher der einzige Kandidat ist.](#)

[de.sputniknews.com: Israelischer Angriff auf Damaskus: Syrische Militärs nennen Sputnik Details](#)

Das syrische Flugabwehrsystem hat laut Quellen von Sputnik in Militär- und Sicherheitskreisen den israelischen Raketenschlag gegen den Flughafen Damaskus erfolgreich abgewehrt.

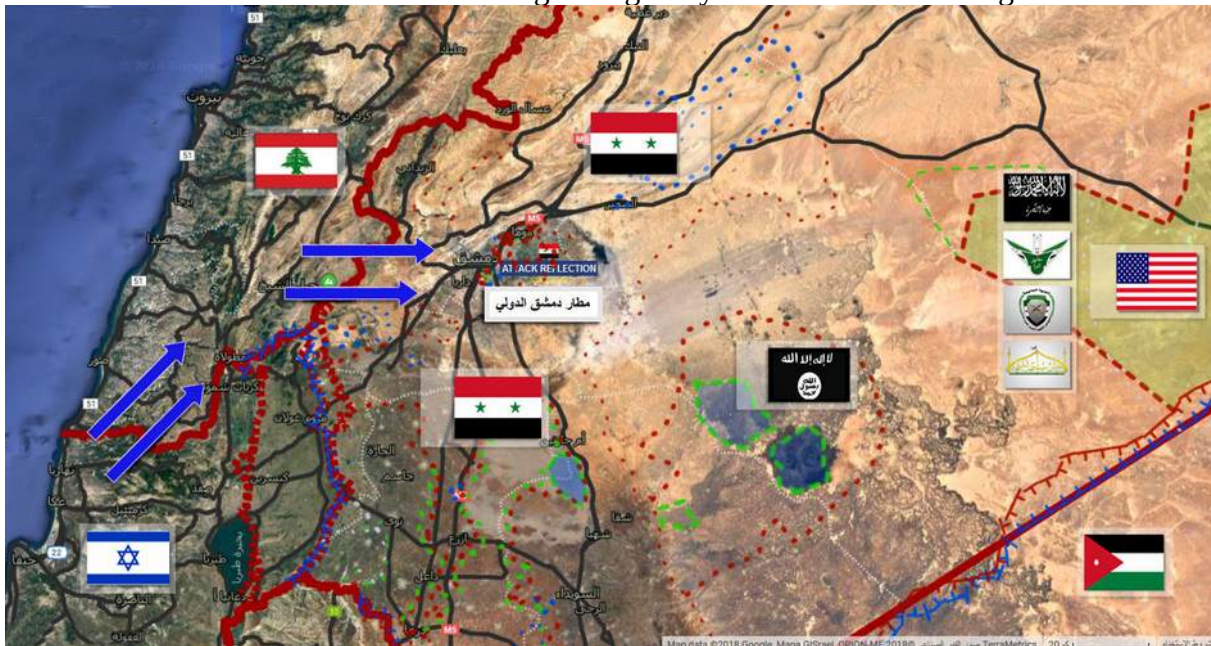
Dies bestätigte unter anderem ein Sprecher der syrischen Armee. Ihm zufolge wurde der Luftschlag von zwei israelischen Flugzeugen vom libanesischen Luftraum aus geführt. Die meisten Raketen seien abgefangen worden, der Flughafen sei dabei nicht beschädigt worden, äußerte der syrische General a.D. Muhammed Abbas. Es gebe keine Angaben über Verletzte.

Splitter von den Raketen sollen teilweise Wohnviertel erreicht haben, wie beispielsweise in der Stadt Dscharamana, sagte eine Sputnik-Quelle in den Sicherheitskreisen. Nun würden syrische Soldaten die Metallstücke einsammeln, um diese den Experten zur Auswertung zu übergeben.

Augenzeugen veröffentlichten im Netz ein Video, das abgefangene Raketen zeigt.

Israel hatte mehrmals Raketenschläge gegen syrische Gebiete versetzt. So flog die israelische Luftwaffe im September mehrere Luftschläge gegen syrische Militärobjekte in der Nähe der

Stadt Wadi al-Uyun. Die Nachrichtenagentur SANA berichtete unter Verweis auf eigene Quellen, dass militärische Objekte in Tartus und Hama angegriffen worden waren. Ein Mensch soll dabei getötet worden sein, vier weitere seien verletzt worden. Syrien und Israel befinden sich seit 1973 formell im Krieg gegeneinander. Allerdings waren bewaffnete Zusammenstöße vor dem Bürgerkrieg in Syrien äußerst selten vorgekommen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32234/50/322345012.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Putin und Erdogan einigen sich auf „ernste Entscheidung“ zu Idlib: Russland und die Türkei haben vereinbart, dass zum 15. Oktober eine entmilitarisierte Zone an der Berührungslinie zwischen den syrischen Regierungstruppen und der bewaffneten Opposition geschaffen werden soll. Die Zone wird 15 bis 20 Kilometer breit sein, teilte der russische Präsident Wladimir Putin mit.

de.sputniknews.com: Keine Operation in Idlib, Details werden mit Syrien abgestimmt – Schoigu:

Laut dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu wird es im syrischen Idlib keine militärische Operation geben.

Auf die Frage, ob es stimme, dass es in Idlib keine Operation geben werde, antwortete Schoigu mit „Ja“.

Auf die Frage, ob Damaskus bereit sei, die Operation zu verschieben, antwortete der Verteidigungsminister: „In den nächsten Stunden werden wir mit ihnen alle Stellungen abstimmen, die wir in diesem Dokument niedergeschrieben haben“. Schoigu zeigte dabei ein Memorandum zu Idlib, das er und der türkische Verteidigungsminister unterzeichnet haben.